

No. 20324

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
ISRAEL

Treaty concerning the reciprocal recognition and enforcement of judicial decisions in civil and commercial matters (with exchange of letters). Signed at Jerusalem on 20 July 1977

Authentic texts of the Treaty: German and Hebrew.

Authentic text of the Exchange of letters: German.

Registered by the Federal Republic of Germany on 7 August 1981.

RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
ISRAËL

Traité relatif à la reconnaissance et à l'exécution réciproques des jugements en matière civile et commerciale (avec échange de lettres). Signé à Jérusalem le 20 juillet 1977

Textes authentiques de la Convention : allemand et hébreu.

Texte authentique de l'Échange de lettres : allemand.

Enregistré par la République fédérale d'Allemagne le 7 août 1981.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER DIE GEGENSEITIGE ANER-
KENNUNG UND VOLLSTRECKUNG GERICHTLICHER ENT-
SCHEIDUNGEN IN ZIVIL- UND HANDELSACHEN**

Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel,
in dem Wunsch, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Anerkennung und
Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sicher-
zustellen,
sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER ABSCHNITT**GRUNDSATZ DER ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG**

Artikel 1. In Zivil- und Handelssachen werden Entscheidungen der Gerichte
in einem Vertragsstaat im anderen Vertragsstaat unter den in diesem Vertrag vorge-
sehenen Bedingungen anerkannt und vollstreckt.

Artikel 2. (1) Unter Entscheidungen im Sinne dieses Vertrages sind alle
gerichtlichen Entscheidungen ohne Rücksicht auf ihre Benennung (Urteile, Be-
schlüsse, Vollstreckungsbefehle) und ohne Rücksicht darauf zu verstehen, ob sie in
einem Verfahren der streitigen oder der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergangen sind;
hierzu zählen auch die gerichtlichen Vergleiche. Ausgenommen sind jedoch diejenigen
Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die in einem einseitigen Verfahren
erlassen sind.

(2) Gerichtliche Entscheidungen sind insbesondere auch

1. die Beschlüsse eines Rechtspflegers, durch die der Betrag des für ein Kind zu leistenden Unterhalts festgesetzt wird, die Beschlüsse eines Urkundsbeamten oder eines Rechtspflegers, durch die der Betrag der Kosten des Verfahrens später festgesetzt wird, und Vollstreckungsbefehle;
2. Entscheidungen des Registrars im Versäumnisverfahren, im Urkundenprozeß, in Kostensachen und in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten.

ZWEITER ABSCHNITT**ANERKENNUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN**

Artikel 3. Die in Zivil- oder Handelssachen über Ansprüche der Parteien ergangenen Entscheidungen der Gerichte in dem einen Staat, die nicht mehr mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können, werden in dem anderen Staat anerkannt.

Artikel 4. (1) Die Bestimmungen dieses Vertrages finden keine Anwendung:

1. auf Entscheidungen in Ehesachen oder anderen Familienstandssachen und auf Entscheidungen, die den Personenstand oder die Handlungsfähigkeit von Perso-

nen zum Gegenstand haben, sowie auf Entscheidungen in Angelegenheiten des ehelichen Güterrechts;

2. auf Entscheidungen auf dem Gebiet des Erbrechts;
3. auf Entscheidungen, die in einem gerichtlichen Strafverfahren über Ansprüche aus einem Rechtsverhältnis des Zivil- und Handelsrechts ergangen sind;
4. auf Entscheidungen, die in einem Konkursverfahren, einem Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses oder einem entsprechenden Verfahren ergangen sind, einschließlich der Entscheidungen, durch die für ein solches Verfahren über die Wirksamkeit von Rechtshandlungen gegenüber den Gläubigern erkannt wird;
5. auf Entscheidungen in Angelegenheiten der sozialen Sicherheit;
6. auf Entscheidungen in Atomhaftungssachen;
7. auf einstweilige Verfügungen oder Anordnungen und auf Arreste.

(2) Ungeachtet der Vorschriften des Absatzes 1 ist dieser Vertrag auf Entscheidungen anzuwenden, die Unterhaltspflichten zum Gegenstand haben.

Artikel 5. (1) Die Anerkennung darf nur versagt werden:

1. wenn für die Gerichte im Entscheidungsstaat keine Zuständigkeit im Sinne des Artikels 7 oder aufgrund einer Übereinkunft, der beide Vertragsstaaten angehören, gegeben ist;
2. wenn die Anerkennung der Entscheidung der öffentlichen Ordnung des Anerkennungsstaats widerspricht;
3. wenn die Entscheidung auf betrügerischen Machenschaften während des Verfahrens beruht;
4. wenn die Anerkennung der Entscheidung geeignet ist, die Hoheitsrechte oder die Sicherheit des Anerkennungsstaats zu beeinträchtigen;
5. wenn ein Verfahren zwischen denselben Parteien und wegen desselben Gegenstandes vor einem Gericht im Anerkennungsstaat anhängig ist und wenn dieses Gericht zuerst angerufen wurde;
6. wenn in dem Anerkennungsstaat bereits eine mit einem ordentlichen Rechtsmittel nicht anfechtbare Entscheidung vorliegt, die unter denselben Parteien und wegen desselben Gegenstandes ergangen ist.

(2) Hat sich der Beklagte auf das Verfahren nicht eingelassen, so darf die Anerkennung der Entscheidung auch versagt werden, wenn

1. das der Einleitung des Verfahrens dienende Schriftstück dem Beklagten
 - a) nach den Gesetzen des Entscheidungsstaats nicht wirksam oder
 - b) unter Verletzung einer zwischenstaatlichen Übereinkunft oder
 - c) nicht so rechtzeitig, daß er sich hätte verteidigen können, zugestellt worden ist;
2. der Beklagte nachweist, daß er sich nicht hat verteidigen können, weil ohne sein Verschulden das der Einleitung des Verfahrens dienende Schriftstück entweder überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig genug zu seiner Kenntnis gelangt ist.

Artikel 6. (1) Die Anerkennung darf nicht allein deshalb versagt werden, weil das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, nach den Regeln seines internationalen Privatrechts andere Gesetze angewendet hat, als sie nach dem internationalen Privatrecht des Anerkennungsstaats anzuwenden gewesen wären.

(2) Die Anerkennung darf jedoch aus dem in Absatz 1 genannten Grunde versagt werden, wenn die Entscheidung auf der Beurteilung eines ehe- oder sonstigen familienrechtlichen Verhältnisses, der Rechts- oder Handlungsfähigkeit, der gesetzlichen Vertretung oder eines erbrechtlichen Verhältnisses beruht. Das gleiche gilt für eine Entscheidung, die auf der Beurteilung der Rechts- oder Handlungsfähigkeit einer juristischen Person, einer Gesellschaft oder einer Vereinigung beruht, sofern diese nach dem Recht des Anerkennungsstaats errichtet ist und in diesem Staat ihren satzungsmäßigen oder tatsächlichen Sitz oder ihre Hauptniederlassung hat. Die Entscheidung ist dennoch anzuerkennen, wenn sie auch bei Anwendung des internationalen Privatrechts des Anerkennungsstaats gerechtfertigt wäre.

Artikel 7. (1) Die Zuständigkeit der Gerichte im Entscheidungsstaat wird im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 Nummer 1 anerkannt:

1. wenn zur Zeit der Einleitung des Verfahrens der Beklagte im Entscheidungsstaat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder, falls es sich um eine juristische Person, eine Gesellschaft oder eine Vereinigung handelt, seinen satzungsmäßigen oder tatsächlichen Sitz oder seine Hauptniederlassung hatte;
2. wenn der Beklagte im Entscheidungsstaat eine geschäftliche Niederlassung oder eine Zweigniederlassung hatte und für Ansprüche aus deren Betriebe belangt worden ist;
3. wenn der Beklagte sich durch eine Vereinbarung für ein bestimmtes Rechtsverhältnis der Zuständigkeit der Gerichte des Staates, in dem die Entscheidung ergangen ist, unterworfen hat, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung nach dem Recht des Staates, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, unzulässig ist; eine Vereinbarung im Sinne dieser Vorschrift liegt nur vor, wenn eine Partei ihre Erklärung schriftlich abgegeben und die Gegenpartei sie angenommen hat oder wenn eine mündlich getroffene Vereinbarung von einer Partei schriftlich bestätigt worden ist, ohne daß die Gegenpartei der Bestätigung widersprochen hat;
4. wenn die Klage einen Unterhaltsanspruch zum Gegenstand hatte und wenn der Unterhaltsberechtigte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens in dem Entscheidungsstaat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte oder wenn die Zuständigkeit mit Rücksicht auf die Verbindung mit einer Ehesache oder Familienstandssache begründet war;
5. wenn die Klage auf eine unerlaubte Handlung oder auf eine Handlung, die nach dem Recht des Entscheidungsstaats einer unerlaubten Handlung gleichgestellt wird, gegründet worden ist, wenn die Tat im Hoheitsgebiet des Entscheidungsstaats begangen worden ist und wenn der Täter sich bei Begehung der schädigenden Handlung im Hoheitsgebiet des Entscheidungsstaats aufgehalten hatte;
6. wenn die Klage auf eine unerlaubte Handlung im Geschäftsverkehr oder auf die Verletzung eines Patents, Gebrauchsmusters, Warenzeichens, Sortenschutzrechts, gewerblichen Musters oder Modells oder Urheberrechts im Entscheidungsstaat gegründet worden ist;
7. wenn mit der Klage ein Recht an einer unbeweglichen Sache oder ein Anspruch aus einem Recht an einer solchen Sache geltend gemacht worden ist und wenn die unbewegliche Sache im Entscheidungsstaat gelegen ist;
8. wenn für den Fall, daß der Beklagte in den beiden Staaten weder seinen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, sich zur Zeit der Einleitung des

Verfahrens in dem Staat, in dem die Entscheidung ergangen ist, Vermögen des Beklagten befunden hat;

9. wenn es sich um eine Widerklage gehandelt hat, bei welcher der Gegenanspruch mit der im Hauptprozeß erhobenen Klage im rechtlichen Zusammenhang stand, und wenn für die Gerichte des Entscheidungsstaats eine Zuständigkeit im Sinne dieses Vertrages zur Entscheidung über die im Hauptprozeß erhobene Klage selbst anzuerkennen ist;
10. wenn mit der Klage ein Anspruch auf Schadensersatz oder auf Herausgabe des Erlangten deshalb geltend gemacht worden ist, weil eine Vollstreckung aus einer Entscheidung eines Gerichts im anderen Staat betrieben worden war, die in diesem Staat aufgehoben oder abgeändert worden ist;
11. wenn der Beklagte sich vor dem Gericht des Staates, in dem die Entscheidung ergangen ist, auf das Verfahren zur Hauptsache eingelassen hat, für die sonst eine Zuständigkeit des Gerichts, die nach diesem Vertrag anzuerkennen wäre, nicht gegeben ist; dies gilt jedoch nicht, wenn der Beklagte vor der Einlassung zur Hauptsache erklärt hat, daß er sich auf das Verfahren nur im Hinblick auf Vermögen im Staat des angerufenen Gerichts einlasse.

(2) Die Zuständigkeit der Gerichte im Entscheidungsstaat wird jedoch nicht anerkannt, wenn die Gerichte im Anerkennungsstaat nach seinem Recht für die Klage, die zur Entscheidung geführt hat, ausschließlich zuständig sind.

Artikel 8. (1) Wird die in einem Staat ergangene Entscheidung in dem anderen Staat geltend gemacht, so darf nur geprüft werden, ob einer der in Artikel 5 oder 6 Absatz 2 genannten Versagungsgründe vorliegt.

(2) Das Gericht in dem Staat, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, ist bei der Beurteilung der Zuständigkeit des Gerichts im Entscheidungsstaat (Artikel 5 Absatz 1 Nummer 1) an die tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen, aufgrund deren das Gericht seine Zuständigkeit angenommen hat, gebunden.

(3) Darüber hinaus darf die Entscheidung nicht nachgeprüft werden.

Artikel 9. (1) Die in einem Vertragsstaat ergangenen Entscheidungen werden in dem anderen Vertragsstaat anerkannt, ohne daß es hierfür eines besonderen Verfahrens bedarf.

(2) Bildet die Frage, ob eine Entscheidung anzuerkennen ist, als solche den Gegenstand eines Streites, so kann jede Partei, welche die Anerkennung geltend macht, in dem Verfahren nach dem Dritten Abschnitt die Feststellung beantragen, daß die Entscheidung anzuerkennen ist.

(3) Wird die Anerkennung in einem Rechtsstreit vor dem Gericht eines Vertragsstaats, dessen Entscheidung von der Anerkennung abhängt, verlangt, so kann dieses Gericht über die Anerkennung entscheiden.

DRITTER ABSCHNITT

I. VOLLSTRECKUNG RECHTSKRÄFTIGER ENTSCHEIDUNGEN UND RICHTLICHEN VERGLEICHE

Artikel 10. Entscheidungen der Gerichte in dem einen Staat, auf die dieser Vertrag anzuwenden ist, sind in dem anderen Staat zur Zwangsvollstreckung zuzulassen, wenn

1. sie in dem Entscheidungsstaat vollstreckbar sind;

2. sie in dem Staat, in dem die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll (Vollstreckungsstaat), anzuerkennen sind.

Artikel 11. Das Verfahren, in dem die Zwangsvollstreckung zugelassen wird, und die Zwangsvollstreckung selbst richten sich, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, nach dem Recht des Vollstreckungsstaats.

Artikel 12. Ist der Partei, welche die Zwangsvollstreckung betreiben will, in dem Entscheidungsstaat das Armenrecht bewilligt worden, so genießt sie das Armenrecht ohne weiteres nach den Vorschriften des Vollstreckungsstaats für das Verfahren, in dem über die Zulassung der Zwangsvollstreckung entschieden wird, und für die Zwangsvollstreckung.

Artikel 13. Den Antrag, die Zwangsvollstreckung zuzulassen, kann jeder stellen, der in dem Entscheidungsstaat berechtigt ist, Rechte aus der Entscheidung geltend zu machen.

Artikel 14. (1) Der Antrag, die Zwangsvollstreckung zuzulassen, ist

1. in der Bundesrepublik Deutschland an das Landgericht,
 2. im Staat Israel an den District Court in Jerusalem, der sowohl sachlich als auch örtlich ausschließlich zuständig ist,
- zu richten.

(2) Örtlich zuständig ist in der Bundesrepublik Deutschland das Landgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz und bei Fehlen eines solchen Vermögen hat oder die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll.

(3) Jede Vertragspartei kann durch eine Erklärung gegenüber der anderen Vertragspartei ein anderes Gericht als zuständig im Sinne des Absatzes 1 bestimmen.

Artikel 15. (1) Die Partei, welche die Zulassung zur Zwangsvollstreckung beantragt, hat beizubringen:

1. eine von dem Gericht in dem Staat, in dem die Entscheidung ergangen ist, hergestellte beglaubigte Abschrift der Entscheidung;
2. den Nachweis, daß die Entscheidung rechtskräftig ist;
3. den Nachweis, daß die Entscheidung nach dem Recht des Entscheidungsstaats vollstreckbar ist;
4. wenn der Antragsteller nicht der in der Entscheidung benannte Gläubiger ist, den Nachweis seiner Berechtigung;
5. die Urschrift oder beglaubigte Abschrift der Zustellungsurkunde oder einer anderen Urkunde, aus der sich ergibt, daß die Entscheidung der Partei, gegen welche die Zwangsvollstreckung betrieben werden soll, zugestellt worden ist;
6. die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift der Urkunde aus der sich ergibt, daß die den Rechtsstreit einleitende Klage, Vorladung oder ein anderes der Einleitung des Verfahrens dienendes Schriftstück dem Beklagten nach dem Recht des Entscheidungsstaats zugestellt worden ist, sofern sich der Beklagte auf das Verfahren, in dem die Entscheidung ergangen ist, nicht zur Hauptsache eingelassen hat;
7. eine Übersetzung der vorerwähnten Urkunden in die oder eine Sprache des Vollstreckungsstaats, die von einem amtlich bestellten oder vereidigten Übersetzer

oder einem dazu befugten Notar eines der beiden Staaten als richtig bescheinigt sein muß.

(2) Die in dem vorstehenden Absatz angeführten Urkunden bedürfen keiner Legalisation und vorbehaltlich des Absatzes 1 Nummer 7 keiner ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 16. (1) Bei der Entscheidung über den Antrag auf Zulassung der Zwangsvollstreckung hat sich das angerufene Gericht auf die Prüfung zu beschränken, ob die nach Artikel 15 erforderlichen Urkunden beigebracht sind und ob einer der in Artikel 5 oder 6 Absatz 2 genannten Versagungsgründe vorliegt.

(2) Gegen die Zulassung der Zwangsvollstreckung kann der Schuldner auch vorbringen, es stünden ihm Einwendungen gegen den Anspruch selbst zu aus Gründen, die erst nach Erlaß der Entscheidung entstanden seien. Das Verfahren, in dem die Einwendungen geltend gemacht werden können, richtet sich nach dem Recht des Staates, in dem die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll. Darüber hinaus darf die Entscheidung nicht nachgeprüft werden.

(3) Die Entscheidung über den Antrag auf Zulassung der Zwangsvollstreckung ist auszusetzen, wenn der Schuldner nachweist, daß die Vollstreckung gegen ihn einzustellen sei und daß er die Voraussetzungen erfüllt hat, von denen die Einstellung abhängt.

Artikel 17. Das Gericht kann auch nur einen Teil der Entscheidung zur Zwangsvollstreckung zulassen,

1. wenn die Entscheidung einen oder mehrere Ansprüche betrifft und die betreibende Partei beantragt, die Entscheidung nur hinsichtlich eines oder einiger Ansprüche oder hinsichtlich eines Teils des Anspruchs zur Zwangsvollstreckung zuzulassen;
2. wenn die Entscheidung einen oder mehrere Ansprüche betrifft und der Antrag nur wegen eines oder einiger Ansprüche oder nur hinsichtlich eines Teils des Anspruchs begründet ist.

Artikel 18. Wird die Entscheidung zur Zwangsvollstreckung zugelassen, so ordnet das Gericht erforderlichenfalls zugleich die Maßnahmen an, die zum Vollzug der Entscheidung notwendig sind.

Artikel 19. Die Vollstreckung gerichtlicher Vergleiche richtet sich nach den Artikeln 10 bis 18; jedoch sind die Vorschriften des Artikels 15 Absatz 1 Nummer 2 und 6 nicht anzuwenden.

II. VOLLSTRECKUNG NICHT RECHTSKRÄFTIGER ENTSCHEIDUNGEN IN UNTERHALTSSACHEN

Artikel 20. Entscheidungen, die Unterhaltspflichten zum Gegenstand haben, sind in entsprechender Anwendung der Artikel 10 bis 18 zur Zwangsvollstreckung zuzulassen, auch wenn sie noch nicht rechtskräftig sind.

III. VOLLSTRECKUNG ANDERER NICHT RECHTSKRÄFTIGER ENTSCHEIDUNGEN

Artikel 21. Andere Entscheidungen, die noch nicht rechtskräftig sind, werden in entsprechender Anwendung der Artikel 10 bis 18 zur Zwangsvollstreckung zuge-

lassen. Jedoch sind in diesem Falle nur solche Maßnahmen zulässig, die der Sicherung des betreibenden Gläubigers dienen.

VIERTER ABSCHNITT SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Artikel 22. (1) Die Gerichte in dem einen Staat werden auf Antrag einer Prozeßpartei die Klage zurückweisen oder, falls sie es für zweckmäßig erachten, das Verfahren aussetzen, wenn ein Verfahren zwischen denselben Parteien und wegen desselben Gegenstandes in dem anderen Staat bereits anhängig ist und in diesem Verfahren eine Entscheidung ergehen kann, die in ihrem Staat nach den Vorschriften dieses Vertrages anzuerkennen sein wird.

(2) Jedoch können in Eilfällen die Gerichte eines jeden Staates die in ihrem Recht vorgesehenen einstweiligen Maßnahmen, einschließlich solcher, die auf eine Sicherung gerichtet sind, anordnen, und zwar ohne Rücksicht darauf, welches Gericht mit der Hauptsache befaßt ist.

Artikel 23. Die Anerkennung oder Vollstreckung einer Entscheidung über die Kosten des Prozesses kann aufgrund dieses Vertrages nur bewilligt werden, wenn er auf die Entscheidung in der Hauptsache anzuwenden wäre.

Artikel 24. Die Anerkennung oder Zulassung der Zwangsvollstreckung kann verweigert werden, wenn 25 Jahre vergangen sind, seitdem die Entscheidung mit ordentlichen Rechtsmitteln nicht mehr angefochten werden konnte.

Artikel 25. (1) Dieser Vertrag berührt nicht die Bestimmungen anderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte, die zwischen beiden Staaten gelten und die für besondere Rechtsgebiete die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen regeln.

(2) Die Anerkennung und die Vollstreckung von Schiedssprüchen bestimmen sich nach den zwischenstaatlichen Übereinkünften, die für beide Staaten in Kraft sind.

Artikel 26. (1) Die Vorschriften dieses Vertrages sind nur auf solche gerichtlichen Entscheidungen und Vergleiche anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages erlassen oder errichtet werden und Sachverhalte zum Gegenstand haben, die nach dem 1. Januar 1966 entstanden sind.

(2) Die Anerkennung und Vollstreckung von Schuldtiteln, die nicht unter diesen Vertrag oder andere Verträge, die zwischen beiden Staaten gelten oder gelten werden, fallen, bestimmt sich weiter nach allgemeinen Vorschriften.

FÜNFTER ABSCHNITT SCHLUSSVORSCHRIFTEN

Artikel 27. Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat seine Rechtsvorschriften mit, die

1. für den Nachweis, daß die Entscheidung rechtskräftig ist (Artikel 15 Absatz 1 Nummer 2), und

2. für den Nachweis, daß die Entscheidung vollstreckbar ist (Artikel 15 Absatz 1 Nummer 3), maßgebend sind.

Artikel 28. Alle Schwierigkeiten, die bei der Anwendung dieses Vertrages entstehen, werden auf diplomatischem Wege geregelt.

Artikel 29. Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 30. (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Der Vertrag tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 31. Jeder der beiden Staaten kann den Vertrag kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Zeitpunkt wirksam, an dem sie dem anderen Staat notifiziert wurde.

GESCHEHEN zu Jerusalem am 20. Juli 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und hebräischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

PER FISCHER

Für den Staat Israel:

M. DAJAN

EXCHANGE OF LETTERS — ÉCHANGE DE LETTRES

I

Sehr geehrter Herr Dr. Rolland,

im Zusammenhang mit dem Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen habe ich die Ehre, darauf hinzuweisen, daß die Anerkennung und Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung in Israel in Fällen von „denial of natural justice“ ausgeschlossen sein kann, wenn der Beklagte vor Erlaß des Urteils keine angemessene Gelegenheit gehabt hat, seine Verteidigungs- oder Beweismittel vorzubringen. Ich habe zur

Kenntnis genommen, daß die Bundesrepublik Deutschland darin einen Anwendungsfall des Artikels 5 Abs. 1 Nummer 2 des Vertrages sieht.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Jerusalem, den 26. November 1979

MARTIN J. GLASS
Deputy Attorney General
(Legislation)

Herrn Ministerialdirektor Dr. Walter Rolland
Leiter der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland

II

Sehr geehrter Herr Glass,

ich habe die Ehre, den Eingang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Inhalt hat:

[*See letter I — Voir lettre I*]

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Bonn, den 26. November 1979

Dr. WALTER ROLLAND
Ministerialdirektor

Herrn Martin J. Glass
Deputy Attorney General
Leiter der Delegation des Staates Israel

סעיף 28

כל הבעיות שיתעוררו בהחלת אמנה זו יוסדרו בדרך הדיפלומטית.

סעיף 29

אמנה זו חלה גם על הלנד בדלין זולת אם ממשלת הרפובליקה הפדראלית גרמניה תמסור הצהרה נוגדת לכך לממשלת מדינת ישראל תוך שלושה חודשים אחרי תחילתה של האמנה.

סעיף 30

(1) אמנה זו תעונה אישרור. מסמכי האישור יוחלפו מוקדם ככל האפשר בבוך.

(2) תחילתה של האמנה כתום 30 יום לאחר החלפת מסמכי האישור.

סעיף 31

כל אחת משתי המדינות רשאית להביא את האמנה לידי סיום. תוקפו של הסיום הוא כתום שנה אחת לאחר שהודיעו עליו למדינה האחרת.

- (2) על הכרתם וביצועם של פסקי בוררים יחולו האמנות הבין-לאומיות שהן בתוקף בין שתי המדינות.

סעיף 26

- (1) הוראות אמנה זו לא יחולו אלא על החלטות של בתי משפט ועל פשרות שבבית-המשפט, שניתנו או נעשו אחרי תחילתה של אמנה זו ושנושאן אירועים שהיג אחרי יום 1 בינואר 1966.
- (2) על הכרתם וביצועם של מסמכים הטשטשים ראייה לחוב ושאמנה זו או אמנות שהן בתוקף בין שתי המדינות, או שיהיו בתוקף בעתיד ביניהן אינן חלות עליהם, יחולו גם בעתיד ההוראות הכלליות.

פרק חמישי

הוראות סיום

סעיף 27

כל בעלת האמנה תמסור לבעלת האמנה האחרת מה הם דיניה הקובעים בדבר

- (1) הראייה שהחלטה היא סופית (סעיף 15, סעיף קטן (1), מספר (2), רכז),
- (2) הראייה שהחלטה היא בת ביצוע (סעיף 15, סעיף קטן (1), מספר (3)).

פרק רביעי

הוראות נוספות

סעיף 22

(1) בתי המשפט של אחת המדינות ידחו תביעה על פי בקשת אחד מבעלי הדין, או, אם יראו את הדבר כמועיל, יפסיקו את ההליכים, אם בין אותם בעלי הדין, ובאותו נושא, תלוי ועומד הליך במדינה האחרת ואם בהליך זה עשוייה להינתן החלטה שיש להכיר בה במדינתם לפי הוראות אמנה זו.

(2) ברם, במקרים דחופים רשאים בתי המשפט של כל אחת משתי המדינות להורות על נקיטת אמצעים זמניים על פי דיניהם, לרבות אלה שמטרתם הבטחת זכויות, וזאת מבלי להתחשב בכך בפני איזה בית משפט מתקיימים ההליכים לגופו של הענין.

סעיף 23

לא תוכר ולא תבוצע על פי אמנה זו החלטה בדבר הוצאות המשפט אלא אם האמנה היתה חלה על ההחלטה לעצם הענין.

סעיף 24

ניתן שלא להכיר בהחלטה או שלא להתיר את אכיפתה אם עברו 25 שנה מתום המועד שבו ניתן היה להשיג עליה בדרכי השגה רגילות.

סעיף 25

(1) אמנה זו לא תפגע בהוראות אמנות בין-לאומיות אחרות שהן בתוקף בין שתי המדינות והמסדירות את ההכרה ואת הביצוע של החלטות בתי המשפט בתחומים מיוחדים של המשפט.

סעיף 18

הותרה אכיפתה של ההחלטה, יורה בית המשפט, במקרה הצורך, בד בבד על בקיטת האמצעים הדרושים לביצוע ההחלטה.

סעיף 19

על אכיפתן של פשרות שבבית המשפט יחולו סעיפים 10 עד 18; ברם, אין להחיל את הוראות סעיף 15, סעיף קטן (1), מספר (2) ו-(6).

II

ביצוען של החלטות לא-סופיות
בעניני מזונות

סעיף 20

החלטות שנושאן חייבים במזונות, תותר אכיפתן אפילו אינו סופיות, וסעיפים 10 עד 18 יחולו בשנויים המחויבים.

III

ביצוען של החלטות אחרות
שאינן סופיות

סעיף 21

החלטות אחרות שעדיין אינן סופיות, תותר אכיפתן על פי הסעיפים 10 עד 18, שיחולו בשנויים המחויבים. ברם, לא יותרו במקרה זה אלא אמצעים המשמשים להבטחת זכויות הנושה המבקש.

(2) המסמכים המפורטים בסעיף הקטן הקודם אינם מעוניים אימות או קיום פורמליות דומה, בכפוף לאמור בסעיף קטן (1) מספר (7).

סעיף 16

(1) בבואו להחליט על הבקשה להתיר את האכיפה יצטמצם בית המשפט המתבקש לבחון אם צורפו המסמכים הדרושים לפי סעיף 15 ואם קיימת אחת מעילות הסירוב המפורטות בסעיפים 5 או 6, סעיף קטן (2).

(2) החייב רשאי להתנגד להתרת האכיפה גם בנימוק שיש לו טענות נגד התביעה עצמה בעילות שנוגדות לאחר מתן ההחלטה בלבד. על ההליכים שבהם יטענו טענות אלה יחול דין המדינה שבה תבוצע האכיפה. מעבר לאלה אין להעמיד את ההחלטה לביקורת.

(3) מתן ההחלטה על הבקשה להתרת האכיפה יידחה, אם הוכיח החייב שיש להפסיק את הליכי ההוצאה לפועל נגדו ושנתקיימו בו התנאים שבהם מותנית ההפסקה.

סעיף 17

בית המשפט רשאי גם להתיר אכיפתו של חלק ההחלטה בלבד -

(1) אם ההחלטה נוגעת לתביעה אחת, או ליותר מתביעה אחת ובעל הדין המבקש ביקש להתיר את אכיפתה של ההחלטה רק ביחס לתביעה אחת, או לתביעות אחדות או ביחס לחלק מהתביעה;

(2) אם ההחלטה נוגעת לתביעה אחת, או ליותר מתביעה אחת, והבקשה בדין יסודה רק לגבי תביעה אחת או לגבי תביעות אחדות או לגבי חלק מן התביעה.

- (2) מבחינת המקום מוסמך ברפובליקה הפדראלית גרמניה
ה- LANDGERICHT שבתחומו מקום מגוריו של החייב או,
בהעדר מקום מגורים כאמור, רכוש של החייב, או שבתחומו יש
לבצע את האכיפה.
- (3) כל אחת מבעלות האמנה רשאית לקבוע, באמצעות הצהרה כלפי
בעלת האמנה האחרת, שבית משפט אחד יהא מוסמך במשמעות
סעיף קטן (1).

סעיף 15

- (1) בעל הדין המבקש להתיר את האכיפה, יצרף -
- (1) העתק מאושר של ההחלטה שבערך על ידי בית המשפט
במדינה שבה ביתנה ההחלטה;
- (2) ראיה שההחלטה היא סופית;
- (3) ראיה שההחלטה היא בת ביצוע לפי דיני המדינה שבה ביתנה;
- (4) אם המבקש איבדו הנושה ששמו נקוב בהחלטה - ראיה לזכותו;
- (5) המקור או העתק מאושר של תעודת ההמצאה או של מסמך אחד
שנראה מהם שההחלטה הומצאה לבעל הדין שלגביו יש לאכפה;
- (6) המקור או העתק מאושר של המסמך שנראה מהם שהתובענה שבה
נפתח ההליך, ההזמנה או מסמך אחר המשמש לפתיחת ההליך,
הומצאו לנתבע לפי דיני המדינה שבה ביתנה ההחלטה, אם
הנתבע לא התייצב ולא טען לגופו של הענין בהליך שבו
ביתנה ההחלטה;
- (7) תרגום המסמכים האמורים לשפה או לאחת השפות של
מדינת ההוצאה לפועל, שיאומת כבכון על ידי מתורגמן
שמינתה הדשות או שהושבע, או על ידי בוטריין של אחת
ממתי המדינות, המוסמך לכך.

- (1) הן בנות ביצוע במדינה שבה ניתנה ההחלטה;
- (2) יש להכיר בהן במדינה שבה יש לבצען (מדינת ההוצאה לפועל).

סעיף 11

על ההליכים שבהם תותר האכיפה ועל האכיפה עצמה יחולו דיני מדינת ההוצאה לפועל, ככל שלא נקבע אחרת באמנה זו.

סעיף 12

הועבד במדינה שבה ניתנה ההחלטה לבעל הדין המבקש את אכיפתה המעמד של בזקק, יהא לו, ללא תנאי נוסף, המעמד של בזקק כפי שנקבע בהוראות של מדינת ההוצאה לפועל, לענין ההליכים שבהן יוחלט על התרת האכיפה ולענין האכיפה עצמה.

סעיף 13

כל אדם שבמדינה שבה ניתנה ההחלטה רשאי לתבוע מכח ההחלטה, רשאי להגיש את הבקשה להתיר את אכיפתה.

סעיף 14

- (1) הבקשה להתרת האכיפה תוגש
- (1) ברפובליקה הפדראלית גרמניה - ל- LANDGERICHT ;
- (2) במדינת ישראל - לבית המשפט המחוזי בירושלים המוסמך, מבחינת הענין והן מבחינת המקום.

ההחלטה (סעיף 5, סעיף קטן (1), מספר (1)), יהא קשור בממצאים העובדתיים והמשפטיים שמכחם קבע בית המשפט את סמכותו.

(3) פרט לאמור לעיל לא תבוקר עוד ההחלטה.

סעיף 9

(1) ההחלטות שניתנו באחת המדינות, בעלות האמנה; יוכרו במדינה, בעלת האמנה האחרת, ללא כל צורך בהליך מיוחד.

(2) היה עצם השאלה אם להכיר בהחלטה נושא של מחלוקת, רשאי כל צד הטוען להכרה לתבוע, בהליכים לפי הפרק השלישי, מתן החלטה הצהרתית שיש להכיר בהחלטה.

(3) נדרשת ההכרה במשפט שבפני בית המשפט של אחת מבעלות האמנה וההכרעה בו תלויה בהכרה, רשאי בית המשפט להכריע בדבר ההכרה.

פרק שלישי

I

ביצוע החלטות סופיות
ופשרות שבבית המשפט

סעיף 10

החלטות בתי המשפט באחת המדינות שעליהן חלה אמנה זו ניתנות לאכיפה במדינה האחרת אם

- (9) אם מרובר בתביעה נגדית וקיים קשר משפטי בין נושא התביעה הנגדית לבין התביעה שהוגשה בהליך הראשי, ואם יש להכיר, לגבי בתי המשפט במדינה שבה ניתנה החלטה, בסמכותם במשמעות אמנה זו לענין ההכרעה בתביעה שהוגשה בהליך הראשי;
- (10) אם נושא התביעה הם פצויים או החזרת רכוש ועילת התביעה ביצוע החלטה של בית משפט במדינה האחרת כשהחלטה זו בוטלה במדינה זו או תוקנה בה;
- (11) אם התייצב הנתבע בפני בית המשפט במדינה שבה ניתנה ההחלטה וטען לגופו של הענין ולא היתה לבית המשפט סמכות שיש להכיר בה לפי אמנה זו; * ברם, הוראה זו לא תחול, אם לפני שהנתבע התייצב וטען לגופו של הענין, הצהיר שהתייצב כך בהליך אך ורק ביחס לרכוש שבמדינה של בית המשפט שבו נתבע.
- (2) ברם, אין להכיר בסמכות בתי המשפט במדינה שבה ניתנה ההחלטה אם לבתי המשפט של המדינה שבה מבוקשת ההכרה, לפי דיניה, הסמכות הייחודית לדון בתביעה שבעקבותיה ניתנה ההחלטה.

סעיף 8

- (1) נטען באחת משתי המדינות שניתנה החלטה במדינה האחרת, אין לבחון אלא אם קיימת אחת העילות לסירוב כמפורט בסעיפים 5 או 6, סעיף קטן (2).
- (2) בית המשפט במדינה שבה נטען שניתנה החלטה, בבואו להכריע בסמכותו של בית המשפט במדינה שבה ניתנה

* על פי הוראה אחרת שבה

- (3) אם הסכים הנתבע, בהתניה לגבי יחסים משפטיים מסויימים, לסמכותם של בתי המשפט של המדינה שבה ניתנה ההחלטה, זולת אם התניה כאמור אינה מותרת לפי דיני המדינה שבה מבוקשת ההכרה; התניה כמשמעותה בהוראה זו אינה קיימת אלא אם דבריו של צד אחד נערכו בכתב והצד האחר קיבל אותם, או אם התניה שבעל פה אושרה בכתב על ידי צד אחד בלי שהצד האחר התנגד לאישור;
- (4) אם נושא התביעה הוא תשלום מזונות, ואם מקום מגוריו או מקום שהייתו הרגיל של הזכאי למזונות מגוריו או מקום שהייתו הרגיל של הזכאי למזונות בשעת פתיחת ההליך היה במדינה שבה ניתנה ההחלטה, או אם הסמכות היתה קיימת בשים לב לקשר עם הליך בעניני נישואין או מעמד משפחתי;
- (5) אם עילת התביעה היתה ערולה או מעשה שדינו, לפי דיני המדינה שבה ניתנה ההחלטה, כדין ערולה, אם המעשה נעשה בתחום הריבובי של המדינה שבה ניתנה ההחלטה ואם המבצע שהה בתחום הריבובי של המדינה שבה ניתנה ההחלטה שעה שעשה את המעשה המזיק;
- (6) אם עילת התביעה היא ערולה בעסקי מסחר או הפרה של פטנט מדגם שמושי, סימן מסחרי, זכות מטפחים בזנים, מדגם או דגם המשמשים בעסק או זכות יוצרים, שבוצעה במדינה שבה ניתנה ההחלטה;
- (7) אם נושא התביעה הוא זכות בנכסי דלא נידי או זכות בזכות בנכסים כאמור ואם נכסי דלא נידי אלה נמצאים במדינה שבה ניתנה ההחלטה;
- (8) אם באף אחת משתי המדינות לא היה לא מקום מגוריו של הנתבע ולא מקום שהייתו הרגיל, והיה לו, בשעת פתיחת ההליך, רכוש במדינה שבה ניתנה ההחלטה;

סעיף 6

(1) אין לסרב להכרה מחמת זה בלבד שבית המשפט שנתן את ההחלטה החיל, לפי דיני ברירת הדין שלג, דינים אחרים מאלה שהיה עליו להחילם לפי דיני ברירת הדין של המדינה שבה מבוקשת ההכרה.

(2) ברם, ניתן לסרב להכרה מהטעם האמור בסעיף קטן (1), אם יסודה של ההחלטה בהכרעה ביחסים שבדיני הנישואין או שבדיני משפחה אחרים, בהכרעה בכשרות המשפטית, בשליחות סכח הדין או בהכרעה ביחסים המשפטיים שבדיני הירושה. הוא הדין לגבי החלטה שיסודה בהכרעה בכשרות המשפטית של תאגיד, שותפות או אגודה, בתנאי שאלה הוקמו על פי דיני המדינה שבה מבוקשת ההכרה ושמושבם, לפי תקנונם או למעשה, או מושבם הראשי, נמצא במדינה זו. ברם, יש להכיר בהחלטה אם היתה נכונה אף אילו החילו את דיני ברירת הדין של המדינה שבה מבוקשת ההכרה.

סעיף 7

- (1) יכירו בסמכותם של בתי המשפט במדינה שבה ניתנה ההחלטה כמשמעותה בסעיף 5, סעיף קטן (1), מספר (1) -
- (1) אם, בשעת פתיחת ההליך, היה במדינה שבה ניתנה ההחלטה מקום מגוריו או מקום שהייתו הרגיל של הנתבע, או, כשבמדובר בתאגיד, בשותפות או באגודה - מושבם, לפי תקנונם או למעשה, או מושבם הראשי;
- (2) אם במדינה שבה ניתנה ההחלטה היה לנתבע מקום לניהול עסקים או סניף, ואם נתבע בשל תביעות הנובעות מניהולם של אלה;

(2) אם ההכרה בהחלטה נוגדת את תקנת הציבור של המדינה שבה מבוקשת ההכרה;

(3) אם יסודה של ההחלטה הוא ממעשי מרמה שהיו בשעת הדיון;

(4) אם ההכרה בהחלטה עלולה לפגוע בריבונותה או בבטחונה של המדינה שבה מבוקשה ההכרה;

(5) אם בפני בית משפט של המדינה שבה מבוקשת ההכרה עומד ותלוי הליך בין אותם בעלי הדין, ובשל אותו נושא, ואם פנו לבית משפט זה תחילה;

(6) אם קיימת כבר במדינה שבה מבוקשת ההכרה החלטה שניתנה בין אותם בעלי הדין ובשל אותו נושא ושלא ניתן עוד להשיג עליה בדרכי השגה רגילות.

(2) לא התייצב הנתבע בהליך, ניתן לסרב להכרה בהחלטה גם אם -

(1) הומצא לנתבע המסמך המשמש לפתיחת ההליך -

(א) שלא כהלכה כאמור בדיני המדינה שבה ניתנה ההחלטה; או

(ב) תוך כדי הפרה של אמנה בין-לאומית; או

(ג) שלא בעוד מועד כך שיאפשר לו להכין את הגנתו;

(2) הוכיח הנתבע, שמבלי שהיתה אשמה מצדו, לא היה יכול להתגונן מפני שהמסמך המשמש לפתיחת ההליך לא הגיע לידיעתו כלל או לא הגיע בעוד מועד.

סעיף 4

- (1) הוראות אמנה זו לא יחולו -
- (1) על החלטות בעניני נישואין או בענינים אחרים הנוגעים למעמד המשפחתי ועל החלטות שנושאת המצב האישי או הכשרות המשפטית של בני אדם, וכן על החלטות בענינים של יחסי ממון בין בני זוג;
- (2) על החלטות בתחום דיני הירושה;
- (3) על החלטות שניתנו, בהליכים פליליים, בתביעות שעילתן ביחסים שחלים עליהם דיני ממונות או דיני מסחר;
- (4) על החלטות שניתנו בהליכי פשיטת רגל, בהליכי פשרה למניעת פשיטת רגל או בהליכים כיוצא באלה, לרבות ההחלטות שבהן הוכרע לענין הליך כאמור על תוקפן של פעולות משפטיות כלפי הגושים;
- (5) על החלטות בעניני הבטחון הסוציאלי;
- (6) על החלטות בעניני האחריות לקרינה גרעינית;
- (7) על צווים והוראות זמניים ועל עיקולים זמניים ועל צווי מאסר זמניים.
- (2) על אף האמור בהוראות סעיף קטן (1) תחול אמנה זו על החלטות שנושאת חוב במזונות.

סעיף 5

- (1) אין לסרב להכרה אלא -
- (1) מקום שלבתי המשפט של המדינה שבה ניתנה ההחלטה אין סמכות כמשמעותה בסעיף 7 או מכח אמנה ששתי בעלות האמנה צודים לה;

סעיף 1

בענינים אזרחיים ומסחריים יוכרו ויבוצעו החלטות של בתי המשפט של בעלת האמנה האחת בתחום בעלת האמנה האחרת בתנאים הקבועים באמנה זו.

סעיף 2

(1) רואים בהחלטות לענין אמנה זו כל ההחלטות של בתי המשפט, היא כיבויים אשר יהא, (פסקי דין, החלטות, צווי ביצוע), ואין נפקא מינה אם ניתנו בהליך של שיפוט על ריב או של שיפוט שלא על ריב; עם החלטות אלה נמנות גם הפשרות שבבית המשפט. ברם, יוצאות מן הכלל הן אותן ההחלטות בשיפוט שלא על ריב שניתנו בהליך שאין בו אלא בעל דין אחד.

(2) במיוחד נמנים עם החלטות בית המשפט גם אלה -

(1) ההחלטות של RECHTSPFLEGER, שבהן נקבע שיעור המזונות המגיע לקטין; ההחלטות של פקיד רושם במזכירות או של RECHTSPFLEGER, שבהן נקבע סכום ההוצאות של הדיון במועד מאוחר יותר וכן צווי ביצוע;

(2) החלטות הרשם בדיון שלא בפני הצד, בדיון מקוצר בעניני הוצאות רבענינים הנוגעים לדיני העבודה.

פרק שני

הכרה בהחלטות בתי המשפט

סעיף 3

החלטותיהם של בתי המשפט במדינה האחת שניתנו בתביעות של בעלי הדין בענינים אזרחיים או מסחריים ושלא ניתן עוד להשיג עליהן בדרכי השגה רגילות, יוכרו במדינה האחרת.

[HEBREW TEXT — TEXTE HÉBREU]

א מ נ ה

ג י ז

הרפובליקה הפדראלית גרמניה

ו ב י ז

מדינת ישראל

בדבר הכרה הודית בהחלטות בתי המשפט בענינים אזרחיים
ומסחריים ובדבר ביצוען ההודית של החלטות אלה

א מ נ ה

ג י ז

הרפובליקה הפדראלית גרמניה

ו ב י ז

מדינת ישראל

בדבר הכרה הודית בהחלטות בתי המשפט בענינים אזרחיים
ומסחריים ובדבר ביצוען ההודית של החלטות אלה

הרפובליקה הפדראלית גרמניה

ומדינת ישראל

בדצותן להבטיח על בסיס של הודיות את ההכרה בהחלטות
בתי משפט בענינים אזרחיים ומסחריים ואת ביצוען,

באו לידי הסכם כאמור להלן:

פרק ראשון

עיקרון של הכרה וביצוע